

DICE POLICY BRIEF



**IN DIESER
AUSGABE**

Von der Rezession in die Depression? (S. 3)

B2B-Plattformen in NRW (S. 8)

Der Einfluss der Arbeitslosenversicherung auf die Arbeitssuche (S. 14)

Verkehrsbelästigung: Was Stadtbewohner für Ruhe zahlen würden (S. 17)

Foto: iStock / simonkr



Liebe Leserinnen und Leser,

dies ist bereits der vierte Policy Brief, der unter Coronabedingungen erscheint. Wir alle hatten zu Beginn der Pandemie die Hoffnung, dass das Virus nicht so ausdauernd unseren Alltag bestimmen würde. Das *oeconomicum* steht weitestgehend leer, die Kolleginnen und Kollegen arbeiten überwiegend von den heimischen Schreibtischen, genau wie die Studierenden. Wir alle sehnen das Ende der Pandemie herbei!

Aber trotz aller Widrigkeiten, die die Pandemie mit sich bringt, gelingt es uns am DICE auch weiterhin fundierte Forschung zu betreiben. Ich freue mich sehr, dass wir Ihnen auszugsweise einiges davon in der 19. Ausgabe des Policy Briefs präsentieren dürfen. Die Themen diesmal: Daniel Kamhöfer analysiert die Auswirkungen von Konjunkturereinbrüchen auf die mentale Gesundheit, Christiane Kehder und Ina Löbert beschäftigen sich mit B2B-Plattformen in NRW, Andreas Lichter untersucht Reformoptionen in der Arbeitslosenversicherung und Nicolas Wellmann beschäftigt sich gemeinsam mit Daniel Czarnowske mit dem Zusammenhang von Autoverkehr und Mietpreisen in Städten. Darüber hinaus präsentieren wir Ihnen aktuelle Neuigkeiten aus dem Institut.

Übrigens: Gemeinsam mit Prof. Dr. Rupprecht Podszun, Direktor des Instituts für Kartellrecht an der HHU, spreche ich regelmäßig in unserem gemeinsamen Podcast „Bei Anruf Wettbewerb“ über aktuelle Themen aus der Wettbewerbswelt. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Sendung auch Ihr Interesse findet. Der Podcast erscheint wöchentlich z. B. bei Spotify, Apple-Podcast und vielen weiteren Podcast-Anbietern.

Nun wünsche ich Ihnen eine unterhaltsame und aufschlussreiche Leselektüre!

Ihr

Prof. Dr. Justus Haucap
Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie

 @DICEHHU

Von der wirtschaftlichen Rezession in die psychische Depression?

Von Dr. Daniel Kamhöfer

»» **Der gesellschaftliche Lockdown hat die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie um eine „Corona-Rezession“ verschärft. Eine neue DICE-Studie legt nahe, dass diese Wirtschaftskrise unabhängig von den anderen Konsequenzen der Pandemie negative Folgen für die mentale Gesundheit der Deutschen hat. Die Angst vor schwerwiegenden wirtschaftlichen Konsequenzen ist dabei bedeutsamer als die tatsächlichen Auswirkungen der Krise auf das eigene Einkommen und den Arbeitsplatz.**

Wie kann man die Ausbreitung des Corona-Virus stoppen und die körperliche Gesundheit vieler Menschen schützen? Diese Frage steht weltweit im Mittelpunkt zahlreicher Debatten. Zu kurz kommt dabei allerdings oft, dass das Virus neben den körperlichen Symptomen auch andere indirekte Krankheiten auslösen kann.

Die Angst sich zu infizieren, aber auch die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz und das zukünftige wirtschaftliche Wohlergehen in Folge von Lockdowns führen bei vielen Menschen zu existenziellen Sorgen und Leid. Dies kann wiederum mentale Erkrankungen – von gedrückter Stimmung über Depressionen bis hin zu Angststörungen – verursachen. In unserer Studie haben wir anhand vergangener Rezessionen untersucht, ob wirtschaftliche Schwankungen mit schlechterem mentalen Wohlbefinden einhergehen.

Psychische Erkrankungen gehören zu den häufigsten Gesundheitsproblemen weltweit. Über ein Drittel aller diagnostizierten Erkrankungen in Industrienationen ist mentaler Natur. Dabei sind mentale Erkrankungen eng verbunden mit körperlichen Leiden, beispielsweise hervorgerufen

durch Alkohol- und Betäubungsmittelkonsum. Der britische Ökonom Richard Layard hat vorgerechnet, dass jeder Euro, der zur Behandlung von mentalen Erkrankungen eingesetzt wird, zwei Euro an anderer Stelle wieder einspart, etwa durch geringere Sozialleistungen und bessere physische Gesundheit. Trotz dieser Hebelwirkung und dem großen Einsparpotenzial sind die Therapiemöglichkeiten mentaler Leiden allerdings bisher deutlich weniger umfangreich, als dies bei physischen Erkrankungen der Fall ist. Umso wichtiger ist zu erkennen, warum Menschen mental erkranken.

Um den Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und mentaler Gesundheit besser zu verstehen, haben wir Konjunkturschwankungen von 2000 bis 2016 untersucht. Da die gegenwärtige Pandemie die mentale Gesundheit nicht nur durch die wirtschaftliche Lage beeinflusst, sondern auch durch die Angst vor Ansteckung und durch soziale Isolation, eignet sich die Corona-Rezession selbst nicht für die Untersuchung.

Abbildung 1 legt aber nahe, dass die wirtschaftliche Entwicklung während der ersten Corona-Welle durchaus mit anderen Wirtschaftskrisen vergleichbar ist. Die Abbildung zeigt die jährlichen Änderungen der Bruttowertschöpfung nach Branchen in Deutschland. Die Bruttowertschöpfung ist der Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die

in einem Jahr in der jeweiligen Branche hergestellt und angeboten werden. Die Summe über alle Branchen entspricht dem bekannteren Bruttoinlandsprodukt. Die Gesamtproduktion (dargestellt in rot) ist in den ersten beiden Quartalen 2020 um etwa 5% verglichen zu den Vorjahresquartalen eingebrochen. Diese Größenordnung entspricht in etwa dem Einbruch während der Finanzkrise 2009. Der Produktionseinbruch hängt dabei stark von der betrachteten

Über ein Drittel aller diagnostizierten Erkrankungen in Industrienationen ist mentaler Natur

Wirtschaftsentwicklung über die Zeit

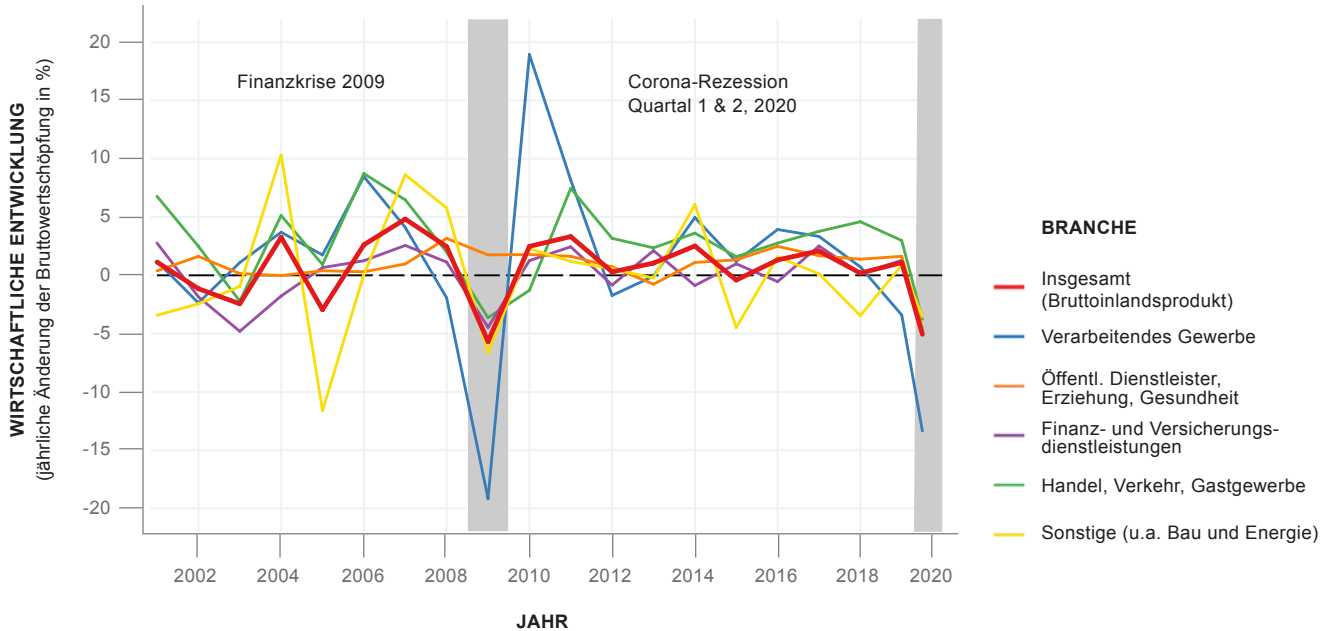


Abbildung 1

Anmerkung: Eigene Darstellung basierend auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Statistisches Bundesamt, 2020), Wirtschaftszeige nach WZ08-Klassifikation. Jährliche Änderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung. Für 2020 Vergleich der ersten beiden Quartale mit den ersten beiden Quartalen 2019.

Branche ab. Das verarbeitende Gewerbe, das exportstarke Wirtschaftszweige wie die Autoindustrie und den Maschinenbau umfasst, weist stärkere Ausschläge auf. Die im öffentlichen Dienst erbrachte Wertschöpfung, dazu zählen z. B. Lehrer- und Polizeigehälter, ist im Gegensatz dazu relativ konstant.

Wir nutzen diese Schwankungen in der Wirtschaftsleistung für unsere Untersuchung. Neben den Daten zur Wirtschaftsentwicklung verwenden wir zudem repräsentative Befragungsdaten aus dem Sozio-ökonomischen Panel – Deutschlands ältester, wiederholter Befragung von derzeit etwa 14.000 Haushalten pro Jahr. Inwieweit die Befragten von Schwankungen in der Wirtschaft betroffen sind, ergibt sich aus ihrem Beruf sowie der Branche, in der sie arbeiten. Die Daten enthalten darüber hinaus zwei Maße für mentale Beschwerden. Zum einen bewerten die Befragten, wie zufrieden sie insgesamt mit ihrem Leben sind. Die möglichen Antworten rei-

chen von 0 („gar nicht zufrieden“) bis 10 („sehr zufrieden“). Dieses Maß kann als eine Art Frühwarnindikator für mentale Probleme betrachtet werden. Daneben verwenden wir ein direkteres Maß, um mentale Gesundheitsprobleme zu messen, den „Mental Health Summary Score“.

Dieser Score leitet sich aus zwölf Fragen zu körperlichen und mentalen Beschwerden ab und ist ein in der Gesundheitswissenschaft weit verbreitetes Maß. Anders als beispielsweise klinische Diagnosen haben unsere beiden Maße den Vorteil, dass sie bereits kleine Änderungen in der mentalen Gesundheit erfassen.

Abbildung 2 setzt die beiden Maße für mentale Gesundheit ins Verhältnis zur jährlichen Änderung der Wirtschaftsleistung. Dazu bringen wir zuerst Lebenszufriedenheit und den Mental Health Score auf die gleiche Skala, um ihre Entwicklung so vergleichbar zu machen. Wir setzen den Durchschnitt auf null und die Standardabweichung, ein Maß für die Streuung, auf eins.

Unsere Untersuchung weist darauf hin, dass Ängste um die zukünftige wirtschaftliche Lage eine entscheidende Rolle spielen

Jeder Kreis der Abbildung gibt eine der beobachteten Kombinationen von Produktionsänderung und mentalem Gesundheitsmaß wieder. Desto größer der Kreis, umso mehr Personen arbeiten in der Branche, auf die sich die Produktionsänderung bezieht. Die roten Trends in Abbildung 2 geben die durchschnittliche Änderung von Lebenszufriedenheit und Mental Health Score pro Ein-Prozentpunkt-Anstieg der Bruttowertschöpfung an. Steigt die Bruttowertschöpfung um einen Prozentpunkt, also beispielsweise um vier statt um drei Prozent, nimmt die Lebenszufriedenheit um durchschnittlich 1,6 % einer Standardabweichung zu. Für den Mental Health Score beträgt diese Zunahme 1,5 %. Fällt die Produktion also um etwa 20 Prozentpunkte, wie beim verarbeitenden Gewerbe während der Finanzkrise 2009, sinken

Lebenszufriedenheit und Mental Health Score um etwa 30% einer Standardabweichung. Diese Effektgröße lässt sich anhand einer Rangliste veranschaulichen. Die Rangliste reicht von 1 (die zufriedenste Person) bis 100 (die unzufriedenste Person). Angenommen eine Person, die im verarbeitenden Gewerbe arbeitet, lag 2008 in der Mitte der Rangliste auf Rang 50. Würde die Wirtschaftskrise nur diese Person betreffen, läge sie 2009 nur noch auf Rang 60. Die Ergebnisse weisen also darauf hin, dass wirtschaftliche Rezessionen mit einer schlechteren mentalen Gesundheit einhergehen.

Dieser Befund hält auch dann, wenn wir die Anzahl der klinisch diagnostizierten Depression als „härteres“ Maß für mentale Gesundheit verwenden. Selbst ein statistisches

Jährliche Änderung in der branchen- und bundeslandspezifischen Bruttowertschöpfung pro Einwohner in %)

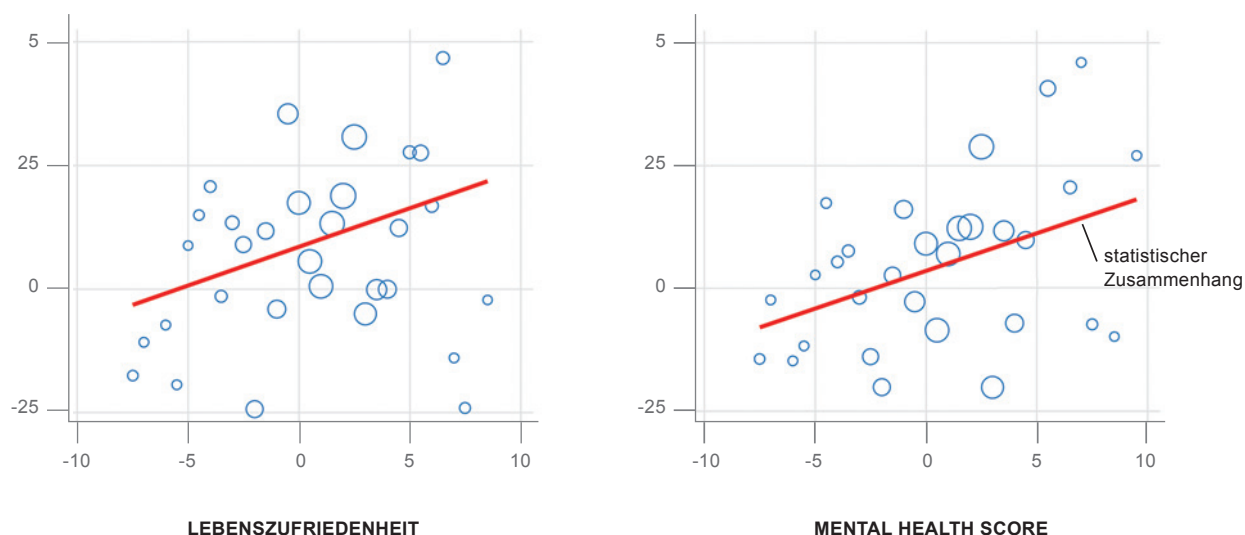


Abbildung 2: Mentale Gesundheit steigt mit der Wirtschaftsleistung

Anmerkung: Eigene Darstellung basierend auf Daten des Sozio-ökonomischen Panels und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Statistisches Bundesamt, 2020). Die Größe der Kreise ist proportional zur Anzahl der Beobachtungen, die in die Berechnung eingeflossen sind. Die Linien entsprechen dem Trend nach der Methode der kleinsten Quadrate. Lebenszufriedenheit und mentale Gesundheit wurden um Geschlecht, Alter, Familienstand und Anzahl der Kinder der Befragten bereinigt.

Verfahren, das berücksichtigt, dass Personen angesichts von Wirtschaftskrisen die Branche wechseln oder gar innerhalb Deutschlands in weniger stark betroffene Regionen ziehen, ändert das Ergebnis nicht. Unsere Untersuchung weist darauf hin, dass Ängste um die zukünftige wirtschaftliche Lage eine entscheidende Rolle spielen. Durch die Finanzkrise haben beispielsweise dank Kurzarbeit und anderer Maßnahmen nur relativ wenige Menschen tatsächlich ihren Job verloren. Die Anzahl der Personen, die Angst um ihren Job hatten, war allerdings viel größer. Die erwarteten wirtschaftlichen Einschränkungen wiegen schwerer als die tatsächlichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise.

FAZIT

Übertragen auf die Corona-Rezession weisen unsere Ergebnisse darauf hin, dass neben den direkten Folgen des Virus die Gesundheit auch indirekt durch die schlechtere Wirtschaftsentwicklung leidet. Ein Hoffnungsschimmer ist, dass die erwartete wirtschaftliche Situation wichtiger für

die mentale Gesundheit ist als die tatsächlichen Auswirkungen. Eine Politik, die es gelingt, wirtschaftliche Existenzängste im Angesicht einer Rezession zu mindern, kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, mentale Folgen für die Bevölkerung abzufedern. Unter diesem Gesichtspunkt ist es zu begrüßen, dass die Bundesregierung gleich zu Beginn der Krise medienwirksam angekündigt hat, große Hilfspakete für die Wirtschaft bereit zu stellen. Ein Beispiel dafür ist vielbeachtete Pressekonferenz von Wirtschaftsminister Peter Altmaier und Finanzminister Olaf Scholz im März 2020. Die Ankündigung, „die Bazooka rauszuholen“, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zu bekämpfen, führt auch zu einem psychologischen Gegensteuern gegen die Krise.

DICE PUBLIKATION

Daniel Avdic, Sonja C. de New & Daniel Kamhöfer, (2020) : Economic downturns and mental wellbeing, DICE Discussion Paper, No. 337, online verfügbar unter: <https://ideas.repec.org/p/zbw/dicedp/337.html>

KOMPAKT

Von der wirtschaftlichen Rezession in die psychische Depression?

- Eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage führt zu einer Beeinträchtigung der mentalen Gesundheit.
- Große Hilfspakete für die Wirtschaft während der Corona Krise können dazu beitragen, indirekte gesundheitliche Folgen der Pandemie abzufedern.



Podcast: Bei Anruf Wettbewerb

Zum Jahresbeginn startete das DICE gemeinsam mit dem Institut für Kartellrecht an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf einen eigenen Podcast. In der wöchentlich erscheinenden Sendung fachsimpeln DICE-Direktor Prof. Dr. Justus Haucap und der Direktor des Instituts für Kartellrecht Prof. Dr. Rupprecht Podszun über Marktmacht von Unternehmen und Plattformen oder interessante Neuigkeiten aus dem Bereich des Wettbewerbs. Der Podcast ist überall erhältlich, wo es Podcasts gibt, unter anderem bei Spotify oder Apple-Podcasts.

Simon Martin erhält Distinguished CESifo Affiliate Award

DR. SIMON MARTIN wurde mit dem Distinguished CESifo Affiliate Award ausgezeichnet. Geehrt wurde der Post-Doc für seinen Beitrag mit dem Titel „Market Transparency and Consumer Search - Evidence from the German Retail Gasoline Market“. Darin hat Martin untersucht, welchen Einfluss die Preistransparenz im Benzinmarkt auf die Tankpreise hat. Danach wäre Benzin in Deutschland etwa um 1% günstiger, wenn statt der Preise aller Tankstellen, nur die jeweils günstigsten über Vergleichs-Apps veröffentlicht würden, wie es etwa in Österreich der Fall ist.

Mit dem Distinguished CESifo Affiliate Award wird der beste Vortrag im Rahmen der jährlichen CESifo Area Konferenzen ausgezeichnet. Nominiert werden ausschließlich junge Wissenschaftler, die entweder kurz vor dem Abschluss ihrer Doktorarbeit stehen oder die ihre Doktorarbeit in den letzten fünf Jahren abgeschlossen haben. Die Kriterien für die Auszeichnung sind wissenschaftliche Originalität, politische Relevanz und Qualität der Darstellung. Das Gewinnerpapier wird in der CESifo Working Paper Series erscheinen.

ZEW Förderpreis für Andreas Lichter

Gemeinsam mit Prof. Dr. Sebastian Sieglöcher, Leiter des ZEW Forschungsbereichs „Soziale Sicherung und Verteilung“ und Ass.-Prof. Dr. Max Löffler (ZEW) wurde **JUN.-PROF. DR. ANDREAS LICHTER** vom Förderkreis Wissenschaft und Praxis e. V., Mannheim, für die beste wissenschaftliche Arbeit geehrt. In der prämierten Studie „The Long-Term Cost of Government Surveillance: Insights from Stasi Spying in East Germany“ analysieren die drei Autoren, wie sich die Überwachungsaktivitäten der Stasi langfristig und negativ auf die Vertrauensbildung, das kooperative Miteinander sowie das politische Engagement der Betroffenen auswirken. Wie die empirische Untersuchung zeigt, hat der durch die Stasi-Überwachung verursachte Verlust an Sozialkapital bis heute negative Folgen für die Wirtschaftsleistung in den neuen Bundesländern. Das prämierte Papier wurde in der Zeitschrift „Journal of the European Economic Association“ publiziert. Mit dem Preis zeichnet der ZEW – Förderkreis Wissenschaft und Praxis e. V., Mannheim, herausragende wissenschaftliche Leistungen aus. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert.

B2B-Plattformen in NRW: Potenziale, Hemmnisse und Handlungsoptionen

Von Dr. Christiane Kehder und Dr. Ina Loebert

» **Apple, Google, Facebook und Amazon („GAFA“) haben den Alltag der meisten Menschen verändert und auch vereinfacht. Aber nicht nur für private Nutzer spielen digitale Plattformen eine bedeutende Rolle, sie gewinnen auch für die Kommunikations- und Geschäftsbeziehungen von Unternehmen untereinander zunehmend an Bedeutung.**

Plattformmärkte, heute als „zweiseitige“ oder auch „mehreseitige“ Märkte bekannt, gewinnen in sämtlichen Wirtschaftsbereichen immer weiter an Bedeutung und stellen regelmäßig traditionelle Geschäftsmodelle vor neue Herausforderungen. So haben die sogenannten GAFA-Unternehmen (Apple, Google, Facebook und Amazon) unseren Alltag oft erheblich vereinfacht. Traditionell decken die GAFA-Unternehmen einen Bereich ab, der heute allgemein als „business-to-consumer“ – („B2C“-) Bereich bezeichnet wird, also Geschäfts- und Kommunikationsbeziehungen zwischen Unternehmen und Privatpersonen. Neben diesem B2C-Bereich ist in den letzten Jahren auch eine zunehmende Plattformnutzung im sogenannten „Business-to-Business“-Bereich (B2B) zu beobachten. Auch im B2B-Bereich können Plattformen zu einer erheblichen Senkung von Transaktionskosten auf sämtlichen Stufen der unternehmerischen Wertschöpfung beitragen und so die Effizienz der Unternehmen deutlich erhöhen. Ein Blick in die wissenschaftliche Literatur gibt Grund zur Annahme, dass digitale Plattform-Modelle das wirtschaftliche Geschehen in Zukunft in vielen Bereichen prägen werden.

B2B-LAND NRW?

In einer aktuellen Studie haben wir im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWIDE NRW) für NRW untersucht, welche Potenziale für den Aufbau von Plattformen im B2B-Bereich liegen, aber auch welche Hemmnisse das Land für die Entwicklung von B2B-Plattformen aufweist

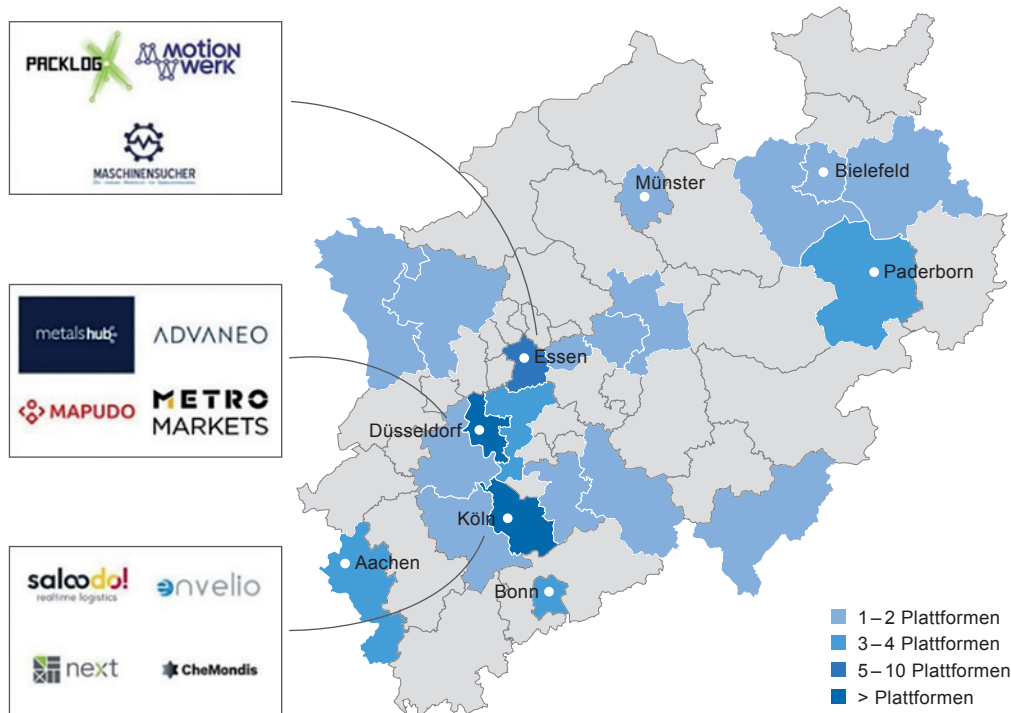
und wie Potenziale weiter gefördert sowie Hemmnisse abgebaut werden können.

Für den Bereich der B2B-Plattformökonomie verfügt NRW über zwei wesentliche Stärken: Zum einen verfügt NRW über einen starken industriellen Sektor, etwa im Bereich Maschinenbau, Chemische Industrie oder der Stahl- und Metallindustrie und -verarbeitung, der insgesamt große Chancen im Internet of Things (IoT), aber auch für andere B2B-Plattformen eröffnet. Zum zweiten profitiert NRW davon, Standort für viele internationale Messen zu sein, was ein erhebliches Potenzial für Online-Marktplätze birgt.

NRW beheimatet viele Weltmarktführer. Insbesondere für jene im industriellen Bereich ergeben sich große Chancen, eine wichtige Vorreiterrolle in der B2B-Plattformökonomie einzunehmen. Namhafte, weltbekannte Unternehmen haben erhebliche Vorteile, Vertrauensprobleme bei der Plattformgründung relativ einfach zu überwinden, da sie für Qualität, Verlässlichkeit und Beständigkeit stehen. Zudem verfügen sie über das nötige Branchen-Know-how zur Entwicklung von B2B-Plattformen in ihren Branchen. Viele Unternehmen in NRW, insbesondere im Bereich Maschinenbau, Chemische Industrie und Stahl- und Metallindustrie und -Verarbeitung weisen damit die wesentlichen Erfolgskriterien für B2B-Plattformen auf. Durch die große Anzahl an kleine und mittelständische Unternehmen in den einzelnen Branchen in NRW finden sich zudem schnell Plattformnutzer, die zumindest in manchen Fällen bei der Plattformgründung hilfreich sein können, schnell die kritische Masse zu erreichen. Der starke industrielle Sektor bietet damit grundsätzlich optimale Bedingungen, eine Vorreiterrolle in der B2B-Plattformökonomie in einzelnen Branchen einzunehmen.

Neben dem starken industriellen Sektor profitiert NRW davon, Standort zweier international bekannter Messegesellschaften zu sein, an denen das Land zudem Beteiligungen hält. Messegesellschaften bieten optimale Voraussetzungen dafür, die B2B-Plattformökonomie im Bereich der Markt-

B2B-Plattformen in Nordrhein-Westfalen



plätze nachhaltig zu beeinflussen, da sie über die notwendigen internationalen Kontakte und Vertriebsnetzwerke sowie das erforderliche Branchen-Know-how verfügen. Hierdurch vermögen es Messgesellschaften einfach und schnell, die wesentlichen Hemmnisse für die erfolgreiche Gründung von B2B-Plattformen wie die Schaffung von Vertrauen im Markt und die Bildung einer kritischen Masse an Teilnehmern zu überwinden. Der Markt für den B2B-E-Commerce ist eines der größten Segmente der deutschen Internetwirtschaft mit hohen Wachstumserwartungen in den nächsten Jahren. In diesem Bereich besteht ein erhebliches Potenzial für branchenspezifische Marktplätze. Für die Politik in NRW ergibt sich damit die einmalige Chance, aktiv dazu beizutragen, Messgesellschaften mit Plattformgründern und innovativen Start-Ups zusammenzubringen und zum weiteren Aufbau von Online-Marktplätzen beizutragen.

Im Bereich der Dienstleistungen wurden Potenziale für NRW insbesondere in den Bereichen Gesundheitswesen, Logistik, Handel, IKT und der Entsorgungsbranche identifiziert. Vorteile ergeben sich hier beispielsweise durch die Ballungsräume und die Bevölkerungsdichte NRWs sowie mit Blick auf die Logistik durch die zentrale Lage zu vielen angrenzenden europäischen Ländern.

Als zentrale Hemmnisse für die Plattformnutzung und -entwicklung wurde fehlendes Vertrauen in die Plattformen und ihren dauerhaften Fortbestand identifiziert, aber auch un-

zureichende Digitalisierungskompetenzen in den Unternehmen und die Kosten und Investitionen, die aufgebracht werden müssen, um B2B-Plattformen zu nutzen oder zu entwickeln. Bei der Identifizierung von Hemmnissen kann zwischen Hemmnissen für die Plattformnutzung einerseits und Hemmnissen, welche die eigene Entwicklung von B2B-Plattformen hindern andererseits, unterschieden werden. Die Grenzen verlaufen jedoch fließend, da Faktoren, welche die Plattformnutzung auf Unternehmensseite hemmen gleichzeitig auch einen negativen Effekt auf die Entstehung neuer B2B-Plattformen entfalten, da diese nur erfolgreich sein werden, wenn entsprechend viele Unternehmen auch B2B-Plattformen nutzen. Solange es nicht gelingt, potenzielle Kunden von der Nutzung der Plattform zu überzeugen, hemmt dies natürlich auch die Entwicklung von B2B-Plattformen. Die identifizierten Hemmnisse sind grundsätzlich bei KMU und Unternehmen, die bislang keine B2B-Plattformen nutzen, größer als bei großen Unternehmen und Konzernen und solchen Unternehmen, die bereits B2B-Plattformen nutzen.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Aus den Hemmnissen für die Plattformnutzung und -entwicklung lassen sich verschiedene Handlungsoptionen für die Politik ableiten. So kann die Politik beispielsweise zur Kommunikation und Bewusstseinsbildung durch zielgerichtete, branchenspezifische Veranstaltungen beitragen,

beispielsweise durch die Organisation von Netzwerkveranstaltungen. Eine gezielte Kommunikation würde vor allem im Mittelstand zur Wissensbildung und Wahrnehmung der Potenziale von B2B-Plattformen beitragen – insbesondere auch mit Blick auf die potenzielle Vorreiterrolle, die deutsche industrielle Unternehmen dabei einnehmen können. Zudem können gezielte Bildungs- und Weiterbildungsangebote zu einer Reduzierung des allgemeinen Informationsdefizits zur Plattformökonomie, aber auch ganz spezifisch zur Erhöhung von IT-Kompetenz beitragen. Hier kann die Landesregierung aktiv einen Beitrag leisten, derartige Angebote bereitzustellen und als wichtiger Vermittler fungieren, indem Veranstaltungen organisiert werden, bei denen Plattformbetreiber die Möglichkeit bekommen, ihre Lösungen bei potenziellen Plattformnutzern vorzustellen. Derartige Kommunikationsstrategien sind insbesondere auch im Hinblick auf das identifizierte Potenzial der Messen im Rahmen der Online-Marktplätze hervorzuheben. Auch hier kann es hilfreich sein, Entscheidungsträger mit Plattformgründern und -experten zusammenzubringen. Branchenverbände oder gegebenenfalls auch die Kammern oder eine Kombination aus beiden können als wichtige Kommunikatoren derartiger Veranstaltungen fungieren. Zudem könnten Digital Hubs sogenannte „Plattform-Scouts“ implementieren, die eine wichtige Informations- und Vermittlungsfunktion im Rahmen solcher Veranstaltungen einnehmen und zur Bewusstseinsklärung beitragen. Förderprogramme, in denen Unternehmen mit

IT- oder Geschäftsmodell-Fachleuten zusammenarbeiten, tragen zu einer offenen Innovationspolitik bei und können dabei helfen, Informationsdefizite in Unternehmen abzubauen und gemeinsame Lösungsansätze zu erarbeiten.

Ein weiterer Vorschlag, die B2B-Plattformentwicklung in Nordrhein-Westfalen zu forcieren, liegt in der Förderung von Gemeinschafts-Plattformen im B2B-Bereich, z. B. in der Rechtsform einer Genossenschaft. Genossenschaften tragen durch ihre speziellen Corporate Governance-Strukturen zur Vertrauensbildung im Markt bei. Genossenschaftlich organisierte B2B-Plattformen können sich demnach eignen, das Vertrauensproblem bei der Gründung von B2B-Plattformen zu überwinden. Die Landesregierung kann hier einen Beitrag leisten, indem sie politische Entscheidungsträger, Genossenschaftsverbände, Experten und KMU an einen Tisch bringt und über finanzielle Anreize oder explizite staatliche Förderungsmöglichkeiten zur Gründung von genossenschaftlichen B2B-Plattformen berät.

DICE PUBLIKATION

Justus Haucap, Christiane Kehder und Ina Loeber (2021), B2B-Plattformen in Nordrhein-Westfalen: Potenziale, Hemmnisse und Handlungsoptionen. Ein Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, Nomos Verlag: Baden-Baden.

KOMPAKT

B2B-Plattformen in NRW: Potenziale, Hemmnisse und Handlungsoptionen

- NRW beheimatet viele große Unternehmen, was die Plattformgründung erleichtert.
- Die zentrale Lage und die hohe Bevölkerungsdichte erweist sich als Vorteil für Plattformgründungen.
- Um Plattformgründungen zu forcieren, sollte die Landespolitik Informationsdefizite zur Plattformökonomie durch gezielte Weiterbildungsangebote und Netzwerkveranstaltungen abbauen und B2B-Plattformentwicklungen fördern, indem sie Gespräche zwischen Verbänden, Experten und KMUs vermittelt.

„Lernen Sie fürs Leben, nicht für eine Klausur.“

Elena Geifmann-Klöpfel absolvierte ihren Master am DICE und arbeitet heute der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG. Momentan berät sie dort als Management-Beraterin Mandanten aus dem Asset Management zu Fragestellungen mit Investmentbezug. Neben ihrem Beruf promoviert sie extern an der HHU. In ihrer Dissertationsschrift vereint sie ihre Expertise im Kunstmarkt und dem Portfolio Management, indem sie die Bedeutung von Kunst als Asset Klasse untersucht. Zudem ist sie Mitglied des Vorstandes der Förderstiftung des Kinder- und Jugendhospizes Regenbogenland.

Frau Geifmann-Klöpfel, Sie haben im Jahr 2015 Ihren Master-Abschluss am DICE gemacht. Wie ist es seitdem mit Ihnen beruflich weitergegangen?

Während des Studiums war ich bereits für die HSBC Trinkaus und später auch für ein internationales Family Office tätig. Der Schwerpunkt meiner Arbeit lag zunächst auf dem Portfolio Management, später dann auf dem Management von Projekten mit Wertpapierbezug, in dessen Rahmen ich mit Unternehmensberatern zusammengearbeitet habe. Dies weckte in mir den Wunsch, selbst in die Beratung zu gehen, zunächst zu CAPCO – The Capital Markets Company und dann zu der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, in der ich aktuell als Senior Consultant unterschiedliche Mandanten aus dem Asset Management bei Projekten und Fragestellungen mit Investmentbezug berate.

Wie sieht Ihr Berufsalltag konkret aus?

Einen Berufsalltag im „klassischen“ Sinne gibt es bei mir nicht. Als Management-Beraterin bin ich sehr stark eingebunden in Projekte, Prozesse und Fragestellungen meiner Mandanten. Ich verbringe viel Zeit in Kundenmeetings, vor Corona bin ich sehr viel gereist, seit einem Jahr verläuft die Zusammenarbeit mit den Mandanten komplett digital, was aber äußerst gut funktioniert. Das Spannende an meiner Tätigkeit als Management-Beraterin ist die Vielschichtigkeit der Themen – zum einen kann ich immer wieder Neues dazulernen, zum anderen das Gelernte auf andere Bereiche übertragen und damit Prozesse optimieren oder etwas Innovatives initiieren.

Was haben Sie aus dem VWL-Studium an der HHU mitgenommen?

Insbesondere Abstraktes zu strukturieren und komplexe Sachverhalte zu vereinfachen. Dies hilft nicht nur in meinem Job als Beraterin ungemein weiter, sondern auch im Alltag. Ein Dozent sagte in einer Vorlesung zu mir: „Es gibt nichts, was man nicht in zwei Sätzen erklären könnte, sodass es jeder versteht.“ Und genauso ist es.

Rückblickend auf Ihre Studienzeit: Was möchten Sie den aktuellen VWL-Studierenden mit auf den Weg geben?

Lernen Sie fürs Leben, nicht für eine Klausur. Vieles, was ich im Laufe des Studiums gelernt habe, habe ich auch auf andere Themengebiete übertragen können. Neben den Studieninhalten ist es meiner Ansicht nach ebenfalls von Bedeutung, möglichst viele praktische Erfahrungen zu sammeln und das theoretische Wissen aus dem Studium direkt in der Praxis anzuwenden. Neben dem Fachlichen ist auch die persönliche Entwicklung entscheidend für den späteren Erfolg – insbesondere zu wissen, was die eigenen Stärken sind und wie man diese gezielt einsetzen kann. Überdies empfehle ich, sich bereits im Laufe des Studiums ein Netzwerk aufzubauen. Nie war es leichter als heute in Zeiten von Xing und LinkedIn.

Sie sind auch Vorstandsmitglied der Stiftung Kinder- und Jugendhospiz Regenbogenland. Was machen Sie dort genau und wie sind Sie dazu gekommen?

Seit vielen Jahren unterstütze ich das Kinder- und Jugendhospiz Regenbogenland bei Fragestellungen rund um das Management seines Vermögens. Seit 2019 habe ich die Ehre, Mitglied des Vorstandes der Förderstiftung zu sein. Neben der Beschaffung der erforderlichen Mittel für das Kinder- und Jugendhospiz ist ein bedeutender Schwerpunkt unserer Arbeit bei der Stiftung die Unterstützung und Förderung von Projekten in der medizinischen Forschung und Wissenschaft, deren Fokus auf Kinder-Onkologie und der pädiatrischen Palliativmedizin liegt. Dies geschieht u. a. gemeinsam mit namenhaften Kliniken und Universitäten. In den vergangenen Jahren haben wir ein breites Netzwerk an Förderern und Kooperationspartnern erfolgreich errichten können, aus dem unterschiedliche gemeinsame Projekte erwachsen sind. Die Arbeit in der Stiftung liegt mir sehr am Herzen und führt mir immer wieder vor Augen, was im Leben wirklich wichtig ist.



2008 bis 2010	Student Trainee (WSH Deutsche Vermögenscontrolling)
2010 bis 2014	Student Trainee (BSBC Trinkaus & Burkhardt)
2015	Master Volkswirtschaftslehre Universität Düsseldorf (DICE)
2014 bis 2015	Assistant to Managing Director (Anthos Düsseldorf)
2015 bis 2016	Project Manager (Anthos Düsseldorf)
2016 bis 2017	Consultant (Capco)
2017 bis heute	Management Beraterin (KPMG)

IHK-Preis für die besten Abschlussarbeiten an Jana Gieselmann und Kai Fischer

Im Rahmen der traditionellen HHU Examensfeier wurden die Abschlussarbeiten von **JANA GIESELMANN** (Master) und **KAI FISCHER** (Bachelor) von der IHK zu Düsseldorf ausgezeichnet und mit dem IHK Preis geehrt. Jana Gieselmann erhielt den mit 2.000 Euro dotierten Preis für ihre Masterarbeit mit dem Titel „Platform Investment Incentives in Two-Sided Markets“. Darin beschäftigt sie sich mit zwei Plattformen, die in Preisen und Investitionen konkurrieren. Diese Investitionen nutzen die Plattformen, um in einem zweiseitigen Markt die Netzwerkgröße der einen Seite zu beeinflussen. In ihrem Beispiel nutzen Dating-Plattformen Fake-Profile, um die Netzwerkgröße der Frauen künstlich zu erhöhen. Mit ihrer Analyse konnte Jana Gieselmann zeigen, dass diese Praxis für die Plattformen häufig nicht profitabel ist.

Den Preis für die beste Bachelorarbeit (Dotierung 1.000 Euro) erhielt Kai Fischer für seine Arbeit mit dem Titel „Spillovers from Nightly Off-Premise Alcohol Prohibition on Gasoline Prices? Evidence from Germany“. Fischer konnte zeigen, dass Tankstellen bewusst die Preise senken, um Verbraucher anzulocken, die dann im tankstelleneigenen Shop Produkte mit hohen Gewinnmargen einkaufen. Die Arbeit zeigt die Mehrdimensionalität des Tankstellengeschäftes, die in der Literatur häufig keine oder nur wenig Berücksichtigung findet.



Katharina Erhardt

Katharina Erhardt verstärkt das DICE

Seit 1. Februar 2021 ist **KATHARINA ERHARDT** Professorin für Wirtschaftspolitik, insb. Handels- und Wettbewerbspolitik, am DICE. Erhardt war bis Januar 2021 an der ETH Zürich beschäftigt, zunächst als Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin, anschließend als Post-Doc. Von 2019 bis 2021 war sie zudem Post-Doc am MIT in Cambridge, Massachusetts.

Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich des internationalen Handels, insbesondere der Firmenheterogenität, ihrer Entstehung und ihrer Rolle für den internationalen Handel, des Firmenverhaltens im Kontext des internationalen Handels, der Handelspolitik, der Lieferanten-Käufer-Beziehungen und der internationalen Produktionsnetzwerke, sowie der Wirtschaftsgeographie.

Würdigung für André Sterzel

DR. ANDRÉ STERZEL wurde von der Kreissparkasse Düsseldorf für die beste Dissertation des Jahres 2019 der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (gemeinsam mit Dr. Kai Alexander Bauch, Lehrstuhl für BWL, insb. Accounting Prof. Weißenberger) ausgezeichnet. In seiner Dissertation beschäftigte sich Sterzel mit den Auswirkungen einer Entprivilegierung von Staatsanleihen in der Bankenregulierung auf den Bankensektor und die Finanzstabilität. Derzeit werden Staatsanleihen in den meisten Regulierungsnormen sowohl als ausfallrisikofrei wie auch als jederzeit ohne Wertverlust handelbar eingestuft. Die Arbeit wurde von Prof. Dr. Ulrike Neyer betreut.



Olivia Bodnar



Chi Trieu



Nicolas Wellmann

Promotionen und Abgänge

Ende Dezember wurden gleich zwei Doktorandinnen und Doktoranden erfolgreich am DICE promoviert. **OLIVIA BODNAR** setzte sich im Rahmen ihrer Dissertation mit der empirischen Evaluation von bestimmten Case Studies zu den Themenfeldern Kartellrecht und regulatorische Angelegenheiten auseinander. Dabei hat sie mit Koautoren einen Indikator zur Messung von Marktmacht im Bereich Energiegroßhandel entwickelt, die Wettbewerbswirkung von vertikalen Minderheitsbeteiligungen und privaten Schadensersatzklagen analysiert, sowie die Effekte von Selbstdispensationsrechten von Hausärzten untersucht. Die Promotion wurde von Prof. Dr. Annika Herr (Universität Hannover, ehemals DICE) und Prof. Dr. Justus Haucap betreut. Bodnar verlässt das DICE und ist künftig als Economist für DICE Consult tätig. Ebenfalls erfolgreich schloss **NICOLAS WELLMANN** seine Promotion ab, die von Prof. Dr. Justus Haucap und Prof. Dr. Ulrich Heimeshoff betreut wurde. Die Arbeit beschäftigt sich empirisch mit Konsumentenverhalten und Wettbewerb. Wellmann arbeitet seit Januar 2021 bei der Deutschen Telekom.

Die erste Promotion des Jahres 2021 am DICE schloss **CHI TRIEU** im Februar 2021 erfolgreich ab. Sie untersuchte mit Hilfe von Laborexperimenten drei weit verbreitete Konzepte der Verhaltensökonomie: Fairness, Überzeugungen und begrenzte Aufmerksamkeit, jeweils in ihrem relevanten institutionellen Kontext. Betreut wurde die Arbeit von Prof. Dr. Hannah Schildberg-Hörisch und Prof. Dr. Hans-Theo Normann.

DR. JOHANNES ODENKIRCHEN und **DR. FLORIAN KNAUTH** wechselten zum 1. Februar 2021 zur wettbewerbsökonomischen Beratungsgesellschaft Compass Lexecon. Odenkirchen war seit dem Jahr 2017 am DICE, zunächst als Doktorand, später als Post-Doc. Florian Knauth promovierte von 2014 bis 2018 am DICE und forschte anschließend ebenfalls als Post-Doc.

Das DICE ebenfalls verlassen hat **DR. NICO STEFFEN**. Steffen war zunächst Doktorand, später Post-Doc am DICE und arbeitet künftig als Senior Economist beim Wissenschaftlichen Institut für Infrastruktur und Kommunikationsdienste (WIK).

Neue Mitgliedschaften

Neue Aufgaben bringen gleich drei neue Mitgliedschaften von DICE Direktor **PROF. DR. JUSTUS HAUCAP** mit sich: Zum einen ist er seit Januar 2021 neues Mitglied des Academic Advisory Board of the European Crowdfunding Networks (ECN). Das ECN ist gemeinnützige Organisation mit über 70 Mitgliedern, die von führenden alternativen Finanzplattformen und verwandten Interessengruppen in ganz Europa unterstützt wird. Ziel der Organisation ist es, die wissenschaftliche Debatte und Forschung zu alternativen Finanzierungen zu vertiefen und den Dialog zwischen Akademikern und Praktikern in diesem Sektor zu fördern.

Zum anderen wurde Haucap in den Beirat des Instituts für ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg berufen. Ferner wurde er in den Verwaltungsrat des Bundes der Steuerzahler NRW gewählt.

Der Einfluss der Arbeitslosenversicherung auf die Arbeitssuche

Von Jun.-Prof. Dr. Andreas Lichter

» **Die finanzielle Absicherung von Arbeitslosen ist eine der wichtigsten Säulen moderner Sozialversicherungssysteme. Über die optimale Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung wird jedoch nach wie vor kontrovers diskutiert. Eine neue Studie legt dar, wie die Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung die Suche nach Wiederbeschäftigung und die Dauer der Arbeitslosigkeit betroffener Personen beeinflussen kann.**

Der Verlust des eigenen Arbeitsplatzes ist für viele Menschen ein einschneidendes Erlebnis und oftmals mit beträchtlichen monetären wie auch nicht-monetären Konsequenzen verbunden. Staatliche Arbeitslosenversicherungen dienen dann als wichtiges Sicherheitsnetz, welches Lohnausfälle zumindest teilweise über einen gewissen Zeitraum hinweg auffängt. Während daher das generelle Konzept einer Arbeitslosenversicherung als sinnvolles und wichtiges Politikinstrument der sozialen Absicherung anerkannt wird, wird die optimale Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung in Politik und Wissenschaft nach wie vor intensiv diskutiert. Dies zeigt sich unter anderem in den teils sehr unterschiedlichen Versicherungssystemen einzelner Länder, als auch in den fortlaufenden institutionellen Anpassungen der einzelnen Versicherungen. Allen Unterschieden und Änderungen liegt dabei letztlich ein einziger Konflikt zu Grunde: die Bereitstellung eines bestmöglichen Versicherungsschutzes bei möglichst geringen Fehlanreizen. Problematisch ist dieser Konflikt vor allem dadurch, dass die wichtigste Stellschraube in der konkreten Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung – die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes – einerseits den persönlichen und volkswirtschaftlichen Wert der Arbeitslosenversicherung erhöht, andererseits aber den Anreiz zur intensiven Jobsuche mindert. Dies zeigen übereinstimmend verschiedene Studien aus beispielsweise Deutschland, den USA oder Frankreich – Länder mit sehr unterschiedlich ausgestalteten Versicherungssystemen. Eine Verlängerung der Bezugsdauer erhöht die Verweildauer in Arbeitslosigkeit substantiell.

Theoretisch kann dieser Effekt dadurch erklärt werden, dass Arbeitssuchende aufgrund längerer Versicherungsleistungen die Suche nach Wiederbeschäftigung reduzieren und/

oder einen höheren Lohn für einen Wiedereinstieg ins Berufsleben fordern. Empirische Evidenz zu den beschriebenen Verhaltensanpassungen war bislang jedoch rar. Hier setzt unsere Studie mit dem Titel „Benefit Duration, Job Search Behavior and Re-employment“ an. Wir untersuchen am Beispiel Deutschlands detailliert, wie eine Verlängerung der möglichen Bezugsdauer von Arbeitslosengeld den Suchaufwand nach Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen und deren Reservationslohn – den Lohn, zu dem ein Arbeitnehmer gerade noch bereit ist zu arbeiten – beeinflusst. Erkenntnisse zu möglichen Effekten auf diese zwei Parameter individuellem Sucherverhalten liefern dabei Aufschluss darüber, mit welchen konkreten Politikmaßnahmen ungewünschte Verhaltensanpassungen vermieden und Fehlanreize eines großzügigen Versicherungssystems reduziert oder ganz vermieden werden könnten.

Zur Bestimmung des Effektes der Arbeitslosenversicherung auf das Suchverhalten von Arbeitslosen betrachten wir im Konkreten die Verlängerung der möglichen Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose (50+) in Deutschland seit dem 1. Januar 2008. Die Reform führte zu einer Erhöhung der Bezugsdauer für Arbeitssuchende im Alter von 50 – 54 Jahren von 12 auf 15 Monate, sowie für Arbeitssuchende im Alter von 58+ von 18 auf 24 Monate, falls wie hier, die Dauer der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung vor Arbeitslosigkeit über fünf Jahre betragen hat. Jüngere Arbeitslose waren hingegen nicht betroffen, ihre Bezugsdauer blieb konstant. Die Reform kam überraschend, sowohl für die Betroffenen als auch die allermeisten Politikerinnen und Politiker selbst. Sie war nicht im Koalitionsvertrag der damaligen Regierung vereinbart, und der Reformvorschlag durch Kurt Beck (SPD) am 1. Oktober 2007 traf nicht nur beim Koalitionspartner (der CDU/CSU), sondern auch innerhalb der eigenen Partei auf Gegenwehr. Politische Dynamiken führten letztlich aber dazu, dass die Anpassungen der Arbeitslosenversicherung bereits wenige Wochen später innerhalb der Koalition abgesegnet und bereits am 11. Dezember 2007 als Gesetzesvorschlag in den Bundestag eingebracht wurden. Der Gesetzesentwurf wurde Mitte Januar 2008 verabschiedet und die Anpassungen rückwirkend zum 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt.

Gesamtzahl der Bewerbungen

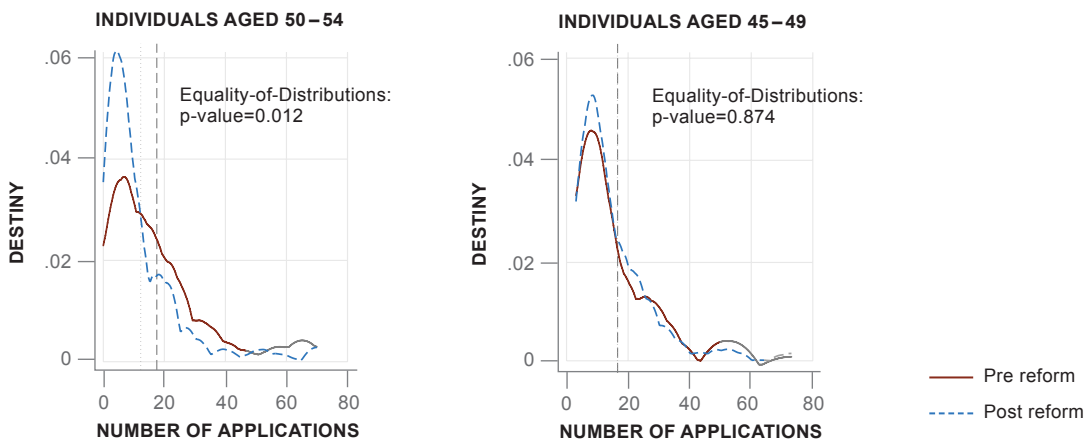


Abbildung 1

Ein aus wissenschaftlicher Sicht glücklicher Zufall: Die beschriebene Reform fällt in den Erhebungszeitraum des IZA Evaluation Datasets, einer repräsentativen Befragung von Personen im Alter von 18 bis 54 Jahren, die sich im Zeitraum Juni 2007 bis Mai 2008 arbeitslos meldeten. Der Datensatz beinhaltet für jede befragte Person detaillierte Angaben zur eigenen Beschäftigungshistorie, dem Reservationslohn zum Zeitpunkt des Interviews sowie der Anzahl an Bewerbungen, die in den ersten 6 bis 10 Wochen der Arbeitslosigkeit verschickt wurden. In diesem Datensatz können folglich arbeitssuchende Personen im Alter von 50 – 54 Jahren vor und nach der Reform beobachtet werden.

Ein simpler Vorher-Nachher Vergleich des Suchverhaltens dieser Personen würde jedoch kaum den tatsächlichen Effekt der Reform darstellen. Arbeitssuchende im Alter von 50 – 54 Jahren, die in unserem Datensatz ein Anrecht auf Arbeitslosengeld über einen Zeitraum von 12 Monate haben, wurden im Sommer und Herbst 2007 arbeitslos, Personen im gleichen Alter, die ein Anrecht auf 15 Monate Arbeitslosengeld haben, im Winter und Frühling 2008. Der deutsche Arbeitsmarkt verzeichnet jedoch im Allgemeinen weniger Arbeitslose und mehr Stellenangebote in den Sommer- und Herbstmonaten als im Winter. Gleichzeitig sank die Arbeitslosigkeit in Deutschland aufgrund allgemeiner konjunktureller Erholung zwischen 2006 und 2009 von 12 auf 7%. Es ist daher möglich, dass saisonale und konjunkturelle Unterschiede ebenfalls das Suchverhalten der beiden Gruppen beeinflussten, und somit den eigentlichen Effekt der Reform verwischen.

Eine großzügige Arbeitslosenversicherung bei geringen Fehlanreizen muss kein Widerspruch bleiben.

Um den kausalen Effekt der Reform der Arbeitslosenversicherung auf das Suchverhalten und die Dauer der Arbeitslosigkeit zu schätzen, nutzen wir daher den sogenannten Differenz-in-Differenzen (Diff-in-Diff) Ansatz. Dieser erlaubt es, den eigentlichen Effekt der Reform von saisonalen oder konjunkturellen Einflüssen zu trennen, indem eine zweite Gruppe arbeitsloser Personen betrachtet wird, die nicht von der Reform betroffen war. Arbeitslose die jünger als 50 Jahre waren, erhielten keine längere Bezugsdauer. In unserem empirischen Design vergleichen wir daher Veränderungen im Suchverhalten der betroffenen Gruppe an Arbeitslosen (der 50 – 54-Jährigen) vor und nach der Reform mit Veränderungen im Suchverhalten etwas jüngerer Arbeitsloser (45 – 49 Jahre), deren mögliche Bezugsdauer unberührt bei 12 Monaten verblieb, über den gleichen Zeitraum. Saisonale sowie konjunkturelle Unterschiede können nun herausgerechnet und ein kausaler Effekt geschätzt werden.

Abbildung 1 illustriert die Ergebnisse dieses Ansatzes. Betrachtet wird die Anzahl an Bewerbungen für die beiden Altersgruppen (50 – 54 Jahre vs. 45 – 49 Jahre) jeweils vor und nach der Reform. Panel A der Grafik zeigt, dass 50 – 54-jährige Arbeitslose nach der Reform deutlich weniger Bewerbungen abschickten als vor der Reform. Panel B verdeutlicht, dass dieser Rückgang vor allem auf die Reform selbst, und nicht auf saisonale oder konjunkturelle Faktoren zurückgeführt werden kann: die Anzahl an Bewerbungen der 45 – 49-jährigen blieb über den betrachteten Zeitraum hinweg konstant. Quantitativ implizieren die Ergebnisse des Diff-in-Diff An-

satzes, dass jeder zusätzliche Monat Arbeitslosengeld den Suchaufwand betroffener Arbeitsloser um circa 10 % reduziert. Der Reservationslohn betroffener Personen ändert sich hingegen durch die beschriebene Politikmaßnahme nicht in messbarer Weise.

Im Einklang mit vorherigen Studienergebnissen kommen wir darüber hinaus zu dem Befund, dass die Verlängerung der möglichen Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes die Dauer der Arbeitslosigkeit betroffener Personen substanziell erhöhte. Interessanterweise zeigt sich hierbei jedoch, dass besonders Kurzarbeitslose ihr Verhalten aufgrund der Reform änderten. Langzeitarbeitslose passten ihr Suchverhalten deutlich weniger an, profitierten aber gleichzeitig von der verlängerten Versicherungsleistung, die die Gefahr eines Falls in das soziale Sicherungssystem (Hartz-IV) minderte.

Die Erkenntnisse unserer Studie haben direkte Politikimplikationen. Zunächst zeigt sich, dass eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes dafür sorgen kann, dass substanziell weniger Personen in soziale Sicherungsleistungen fallen. Der individuelle als auch volkswirtschaftliche Nutzen

einer großzügigen Versicherungsleistung zeigt sich hierbei explizit. Gleichzeitig führen großzügigere Versicherungsleistungen zu Fehlanreizen bei Personen, die erst relativ kurz arbeitslos sind. Wichtig erscheinen vor diesem Hintergrund folglich Politikmaßnahmen, die bereits zu Beginn der Arbeitslosigkeit das Suchverhalten von Arbeitssuchenden beobachten, effizient unterstützen und steuern. Eine Vielzahl wissenschaftlicher Studien zeigt, dass solche Maßnahmen existieren und zu relativ niedrigen Kosten implementiert werden könnten. Eine großzügige Arbeitslosenversicherung bei geringen Fehlanreizen muss also kein Widerspruch bleiben. Es bedarf jedoch geeigneter Politikmaßnahmen, die das Grundgerüst der Arbeitslosenversicherung begleiten und stärken.

DICE PUBLIKATION

Andreas Lichter & Amelie Schiprowski (2021): Benefit Duration, Job Search Behavior and Re-employment, Journal of Public Economics 193, Artikel 104326.

KOMPAKT

Der Einfluss der Arbeitslosenversicherung auf die Arbeitssuche

- Durch eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes benötigen weniger Personen soziale Sicherungsleistungen.
- Großzügigere Versicherungsleistungen erzeugen Fehlanreize bei Personen, die erst relativ kurz arbeitslos sind. Die Intensität ihrer Jobsuche lässt nach.
- Mit einer Verlängerung der möglichen Bezugsdauer sollten Maßnahmen implementiert werden, die bereits zu Beginn der Arbeitslosigkeit das Suchverhalten von Arbeitssuchenden beobachten, effizient unterstützen und steuern.

Verkehrsbelästigung: Was Stadtbewohnern eine Verkehrsberuhigung wert wäre

Von Dr. Nicolas Wellmann und Daniel Czarnowske

➤ **Abgase, Lärm, Staus und Unfälle. Die Folgen des Autoverkehrs werden in der Gesellschaft zunehmend kritisch wahrgenommen. Aber was wäre eine Lärmreduktion den Anwohnern wert? Eine aktuelle Studie untersucht, welchen Einfluss der Autoverkehr auf die Mietpreise in neun deutschen Großstädten hat.**

Das vergangene Jahrhundert war für das Auto ein goldenes Zeitalter. Durch die Möglichkeit jederzeit überall hinfahren zu können, symbolisierte das Auto nicht nur Freiheit, sondern erfreute sich auch schnell wachsender Popularität. Aktuell besitzen in Europa durchschnittlich fünf von zehn Personen ein Auto, in den USA sogar acht von zehn Personen.

Allerdings wird der Automobilverkehr mittlerweile auch zunehmend als Problem empfunden. Autos emittieren verschiedene Schadstoffe, die der Gesundheit und der Umwelt wesentlich schaden. Verschiedene Untersuchungen zeigen z. B., dass das Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Allergien, Asthma wesentlich durch die Luftverschmutzung beeinflusst wird. Darüber hinaus wird in der EU 21% des CO₂ Ausstoßes durch den Straßenverkehr verursacht. Schätzungen gehen davon aus, dass der Klimawandel

in der EU insgesamt Schäden von 190 Mrd. Euro verursacht. Weitere Kosten entstehen für die Gesellschaft durch Staus und Unfälle im Automobilverkehr.

Eine aktuelle Studie hat empirisch für neun deutscher Großstädte untersucht, welchen Betrag Haushalte für eine Reduzierung des Straßenverkehrs bezahlen würden. Dazu wurden über drei Jahre Wohnungsanzeigen aus Berlin, Hamburg, München, Frankfurt am Main, Köln, Düsseldorf, Stuttgart, Leipzig, Dresden von zwei großen und bekannten Immobilienportalen gesammelt. Insgesamt umfasst der Datensatz 533.402 Wohnungsanzeigen mit detaillierten Angaben zur Ausstattung (z. B. Anzahl der Zimmer, Zustand der Wohnung). Außerdem enthält der Datensatz genaue Informationen zur Lage der Wohnung, die mit geografischen Daten aus OpenStreetMap verknüpft wurden. Dies ermöglicht es für jede einzelne Wohnung, die Distanzen zu lokalen Geschäften und Dienstleistungen, wie z. B. zum nächsten Supermarkt, Restaurant oder Kindergarten zu berechnen. Zudem wurde für alle Städte in jeder Straße die höchstmögliche Verkehrsintensität berechnet. Diese ergibt sich aus der durchschnittlichen Länge eines deutschen Autos inkl. Sicherheitsabstand, der erlaubten Geschwindigkeit und der Anzahl der Spuren.

VERKEHRSREDUKTION	- 10%	- 20%	- 30%
Berlin	32.6 €	104.4 €	215.5 €
Dresden	34.7 €	110.5 €	227.6 €
Düsseldorf	36.6 €	115.9 €	237.6 €
Frankfurt am Main	59.2 €	158.3 €	297.4 €
Hamburg	33.9 €	118.0 €	252.0 €
Köln	33.0 €	109.6 €	229.7 €
Leipzig	30.9 €	103.5 €	217.8 €
München	33.4 €	107.0 €	220.8 €
Stuttgart	30.3 €	32.6 €	190.6 €

Tabelle 1: Durchschnittliche Zahlungsbereitschaft eines Haushalts pro Jahr für verschiedene exemplarische Verkehrsreduktionen.

VERKEHRSREDUKTION	- 10%	- 20%	- 30%
Berlin	634.035 €	2.029.263 €	4.185.684 €
Dresden	163.970 €	524.672 €	1.082.107 €
Düsseldorf	229.919 €	723.694 €	1.481.325 €
Frankfurt am Main	459.525 €	1.223.798 €	2.292.818 €
Hamburg	316.951 €	1.100.094 €	2.349.430 €
Köln	209.467 €	694.436 €	1.454.908 €
Leipzig	144.610 €	484.023 €	1.018.240 €
München	1 019.454 €	3.261.837 €	6.727.148 €
Stuttgart	398.046 €	1.230.718 €	2.498.014 €

Tabelle 2: Erwarteter Nutzengewinn für verschiedene Städte für verschiedene exemplarische Verkehrsreduktionen.

In einem ersten Schritt wurde zunächst geschätzt, welchen Einfluss die Charakteristika der Wohnungen und insbesondere die Verkehrsintensität vor der jeweiligen Wohnung auf die Mietpreise haben. In einem zweiten Schritt lässt sich mithilfe eines ökonomischen Strukturmodells daraus ableiten, wie hoch die Zahlungsbereitschaft eines Mieters für verschiedene exemplarische Verkehrsreduktion ist. Tabelle 1 zeigt die jährliche Zahlungsbereitschaft eines Haushalts für verschiedene exemplarische Verkehrsreduktionen.

Mit 297,40 Euro pro Wohnung und Jahr für eine Reduktion des Verkehrs um 30 % ist die Zahlungsbereitschaft der Frankfurter (a.M.) am höchsten. Die Berliner wären bereit dafür 215,50 Euro pro Wohnung und Jahr zu bezahlen.

Tabelle 2 berechnet den Nutzengewinn auf Städteebene und berücksichtigt dafür zusätzlich die Anzahl der Haushalt pro Stadt und den Aufbau des Straßennetzes. Um sicherzustellen, dass die Ergebnisse belastbar sind, wurden verschiedene alternative Schätzung durchgeführt, die die Ergebnisse bestätigen. Neben der Schätzung der Zahlungsbereitschaft für eine Reduktion des Straßenverkehrs erörtert die Studie auch mögliche ökonomische Auswirkungen. Eine Reduktion des innerstädti-

schen Straßenverkehrs erhöht den Wert von innerstädtischen Immobilien. Besitzer einer Immobilie, die diese vermieten oder veräußern wollen, könnten somit von dieser Wertsteigerung profitieren, indem sie die Werterhöhung auf die Mieten oder Kaufpreise umlegen. Vor dem Hintergrund, dass die Immobilienmärkte in den untersuchten Großstädten bereits durch zahlreiche Preissteigerung angespannt sind, könnte dies hinderlich für Politikmaßnahmen zur Verkehrsreduktion sein.

Des Weiteren könnte eine Verkehrsberuhigung die innerstädtischen Mobilitätskosten erhöhen. Wenn sich z. B. durch die Einführung von verkehrsberuhigten Zonen die Gefahr von Staus erhöht, dann müssten Autofahrer höhere Fahrzeiten einplanen. Dies hätte wiederum unmittelbare Konsequenzen für Nutzer des ÖPNVs, da durch die höhere Fahrzeit mit dem Auto dieser als Alternative interessanter, aber auch voller wird. Ein möglicher Anstieg der Mobilitätskosten würde sowohl Arbeitnehmer als auch Unternehmen wie z. B. Einzelhandelsgeschäfte betreffen. In den untersuchten Städten pendeln 46 % der Erwerbstätigen zum Arbeiten in die Stadt. Eine Erhöhung der Fahrtkosten senkt somit auch die Attraktivität von innerstädtischen Arbeitsstellen. Dies gilt insbesondere für Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen.

Lage der berücksichtigten Wohnungen in der statistischen Auswertung

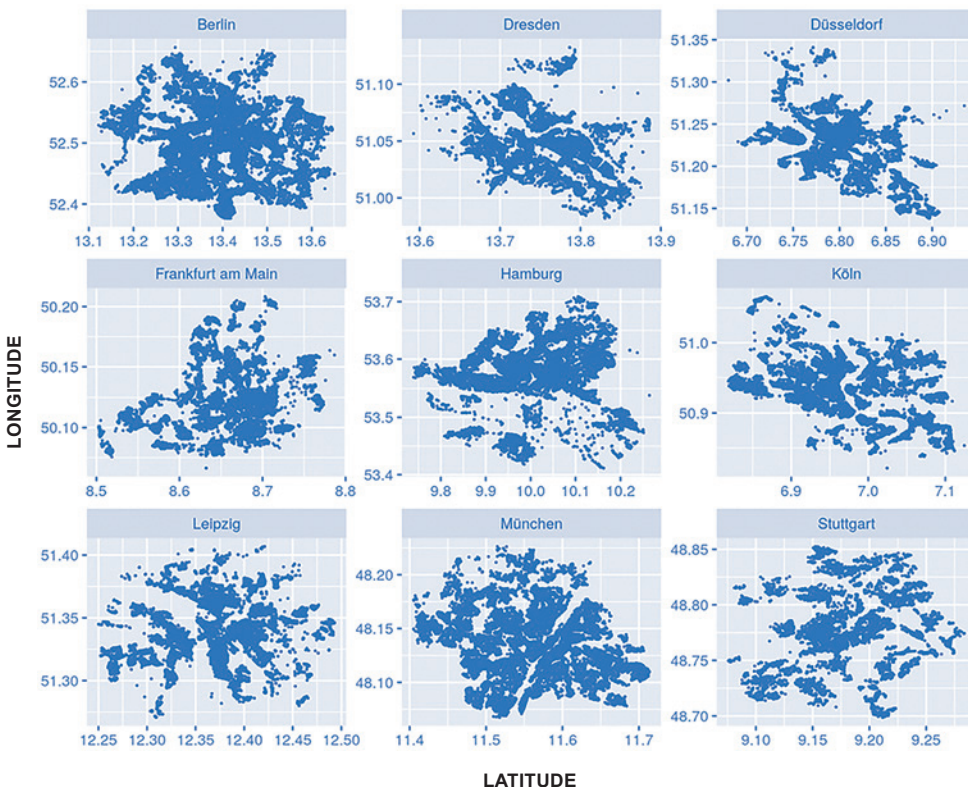


Abbildung 1

Verteilung der Mietpreise und der Verkehrsintensität für verschiedene deutsche Großstädte

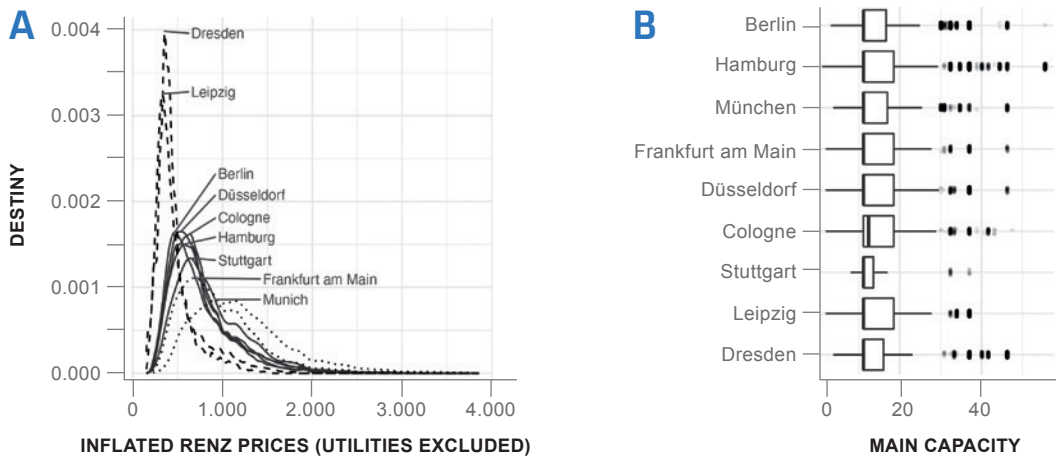


Abbildung 2

Gleichzeitig führen die erhöhten Fahrtkosten dazu, dass die Attraktivität des innerstädtischen Einzelhandels für Konsumenten sinkt. In der Folge könnten diese vermehrt auf Onlineshops ausweichen.

Abschließend lässt sich festhalten, dass eine Reduktion des Straßenverkehrs aus ökonomischer Sicht zwar zu Gewinnen führen kann, denen allerdings auch Kosten gegenüberstehen. Um diese auszugleichen, sollten Politikmaßnahmen zur Reduzierung des Straßenverkehrs auch Maßnahmen zur Reduzierung der Mobilitätskosten beinhalten. Dass das städtische

Leben aber grundsätzlich auch mit alternativen Verkehrsmitteln organisiert werden kann, haben Städte wie Kopenhagen oder Amsterdam gezeigt. Dort findet der Straßenverkehr bereits zu zwei Dritteln mit alternativen Transportmitteln statt.

DICE PUBLIKATION

Nicolas Wellmann & Daniel Czarnowske: What would households pay for a Reduction of Automobile Traffic? Evidence From Nine German Cities, DICE Discussion Paper No. 361, online verfügbar unter: <https://ideas.repec.org/p/zbw/dicedp/361.html>

KOMPAKT

Verkehrsbelastigung: Was Stadtbewohnern eine Verkehrsberuhigung wert wäre

- Stadtbewohner wären bereit für eine Verringerung des Autoverkehrs in Städten Geld zu bezahlen.
- Eine Reduktion des Straßenverkehrs könnte die Kosten für Mieten, Wohneigentum und Mobilität erhöhen.
- Konzepte für eine Verkehrsreduzierung, sollten auch eine Reduzierung der Mobilitätskosten beinhalten.



Foto: iStock / smartboy10

Forschungsprojekt

Kollusion aus Geschlechterperspektive

Im Rahmen des OECD Projekts Gender Inclusive Competition Policy widmet sich ein vom DICE zusammen mit der Universität Göttingen durchgeführtes Forschungsvorhaben der Frage, was Entscheidungsträger in Unternehmen dazu bewegt, Kartelle zu schmieden, und ob es dabei geschlechterspezifische Unterschiede gibt.

Ein Großteil der ökonomischen Literatur betrachtet Kartelle als Absprachen zwischen Unternehmen als Ganzes, die internen Entscheidungsstrukturen bleiben dabei jedoch unberücksichtigt. In der Realität treffen jedoch konkret handelnde Personen kollusive Vereinbarungen. Die Eigenschaften und Interaktionen dieser Individuen wurden bislang kaum beleuchtet, obgleich Untersuchungen verschiedener Fachrichtungen gezeigt haben, dass ökonomische Präferenzen und Entscheidungen stark von Persönlichkeitsmerkmalen geprägt werden.

Dieser Forschungslücke widmen sich Justus Haucap und Christina Heldman vom DICE zusammen mit Holger Rau (Universität Göttingen) in Laborexperimenten, die den Einfluss persönlicher Eigenschaften auf Kollusion untersuchen. Der Fokus liegt dabei auf Geschlechterunterschieden, die als zentraler Treiber kooperativen Verhaltens gelten. Ausgangspunkt ist die Frage, ob Frauen und Männer eine unterschiedliche Bereitschaft haben, auf Kosten Außenstehender zu kooperieren und worin die Ursache dieser Unterschiede liegt.

Das Forschungsvorhaben findet im Rahmen des Projekts Gender Inclusive Competition Policy der OECD und des Canadian Competition Bureau statt, das sich der Entwicklung neuer Methoden in der Wettbewerbspolitik widmet. Diese sollen sensibel für Geschlechterunterschiede sein, was die Effizienz politischer Maßnahmen steigern und gleichzeitig Ungleichheit reduzieren soll.

Am 25. Februar wurden erste Ergebnisse im OECD Gender & Competition Policy Workshop vorgestellt, im Juni soll das Forschungsvorhaben abgeschlossen werden.

ZUR PUBLIKATION → <https://www.oecd.org/competition/gender-inclusive-competition-policy.htm>



Prof. Dr. Hannah Schildberg-Hörisch, Foto: Ivo Mayr / DICE

Neues Forschungsprojekt von Hannah Schildberg-Hörisch zur Bedeutung nicht-kognitiver Fähigkeiten

Für drei Jahre fördert die DFG ein Forschungsprojekt am DICE mit insgesamt 850.000 Euro. Ziel des Forschungsprogramms ist es, die Grundlagenforschung zur Entstehung nicht-kognitiver Fähigkeiten entscheidend voranzubringen und damit Eltern, Lehrern und Politikern Hilfestellungen zu bieten, wie sie die Entwicklung positiver nicht-kognitiver Fähigkeiten bei Kindern und Jugendlichen unterstützen können.

Mit 850.000 Euro fördert die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) in den nächsten drei Jahren ein interdisziplinäres Projekt am DICE unter der Leitung von **PROF. DR. HANNAH SCHILDBERG-HÖRISCH**. Dabei soll erforscht werden, was die Entwicklung nicht-kognitiver Fähigkeiten bei Kindern und Jugendlichen beeinflusst, sowie deren Bedeutung für Bildungsabschlüsse, beruflichen Erfolg oder Gesundheit. Zu den nicht-kognitiven Fähigkeiten zählen z.B. Geduld und Selbstkontrolle, der Umgang mit Risiken sowie Empathie.

Mit Hilfe eines eigens für das Projekt aufgebauten Paneldatensatzes zu nicht-kognitiven Fähigkeiten ganzer Familien in Bangladesch und dessen Kombination mit kontrolliert randomisierten Experimenten wird es erstmals möglich, sowohl innovative deskriptive als auch kausale Evidenz zur Rolle von Investitionen für die Herausbildung von nicht-kognitiven Fähigkeiten im Alter von 6 bis 16 Jahren bereitzustellen. Dabei werden einerseits Investitionsentscheidungen der Eltern in den Blick genommen wie z.B. ihr Erziehungsstil. Andererseits wird der Einfluss der sozialen Umgebung jenseits der Familie analysiert und die Rolle von exogenen Schocks am Beispiel der Coronakrise untersucht: Können Geduld und Selbstkontrolle durch spezielle Programme in der Schule trainiert werden? Werden nicht-kognitive Fähigkeiten innerhalb einer Nachbarschaft weitergegeben? Wie wirkt sich die Corona-Pandemie auf die Herausbildung von Selbstkontrolle, Empathie und Risikoneigung von Kindern und Jugendlichen aus?

Ziel des Forschungsprogramms ist es, die Grundlagenforschung zur Entstehung nicht-kognitiver Fähigkeiten entscheidend voranzubringen und damit Eltern, Lehrern und Politikern Hilfestellungen zu bieten, wie sie die Entwicklung positiver nicht-kognitiver Fähigkeiten bei Kindern und Jugendlichen unterstützen können.

PUBLIKATIONEN IM ERSCHEINEN

Paul Heidhues & Philipp Strack

Identifying Present Bias from the Timing of Choices.

Erscheint in: *American Economic Review*.

Marcel Henkel, Tobias Seidel & Jens Südekum

Fiscal Transfers in the Spatial Economy.

Erscheint in: *American Economic Journal: Economic Policy*.

Wolfgang Dauth, Sebastian Findeisen, Jens Südekum & Nicole Wößner

The Adjustment of Labor Markets to Robots.

Erscheint in: *Journal of the European Economic Association*.

Markus Dertwinkel-Kalt & Christian Wey

Evidence Production in Merger Control: The Role of Remedies

Erscheint in: *Review of Industrial Organization*.

Dennis Rickert, Jan Philip Schain & Joel Stiebale

The Effect of Mergers on Retail Prices: Evidence from Germany.

Erscheint in: *Journal of Industrial Economics*.

PUBLIKATIONS-AUSWAHL

Kai Fischer

Thinning out Spectators: Did Football Matches Contribute to the Second COVID-19 Wave in Germany?

Covid Economics, 71 (2021), 137 – 172.

Maria Garcia-Vega, Richard Kneller & Joel Stiebale

Labour Market Reform and Product Innovation.

Research Policy, 50 (2021), 104213.

William Lehr, Fabian Queder & Justus Haucap

5G: A New Future For Mobile Network Operators, or Not?

Telecommunications Policy, 45 (2021), 102086.

Marc Bataille, Olivia Bodnar, Alexander Steinmetz & Susanne Thorwarth

Messung der Wettbewerbsverhältnisse in der Stromerzeugung: Der Return on Withholding Capacity Index (RWC).

Wirtschaft und Wettbewerb, 71 (2021), WUW1344579.

Linda Borrs & Florian Knauth

Trade, Technology, and the Channels of Wage Inequality.

European Economic Review, 131 (2021), 103607.

Justus Haucap, Ulrich Heimeshoff, Gordon J. Klein, Dennis Rickert & Christian Wey

Vertical Relations, Pass-Through, and Market Definition: Evidence from Grocery Retailing.

International Journal of Industrial Organization, 74 (2021), 102693.

Andrea Ciani

Income Inequality and the Quality of Imports.

Review of World Economics 157 (2021), 375 – 416.

Dieter Pennerstorfer & Biliana Yontcheva

Local Market Definition in Competition Analysis: An Application to Entry Models.

Economics Letters, 198 (2021), 109678.

Andreas Lichter & Amelie Schiprowski

Benefit Duration, Job Search Behavior and Re-Employment.

Journal of Public Economics, 193 (2021), 104326.

Paul Heidhues, Johannes Johnen & Botond Köszegi

Browsing versus Studying: A Pro-Market Case for Regulation.

Review of Economic Studies, 88 (2021), 708 – 729.

Paul Heidhues, Botond Köszegi & Phillipp Strack

Convergence in Models of Misspecified Learning.

Theoretical Economics, 16 (2021), 73 – 99.

Anton Golub, Lidan Grossmass & Ser-Huang Poon

Ultra-Short Tenor Yield Curve For Intraday Trading And Settlement.

The European Journal of Finance, 21 (2021), 441 – 459.

Wolfgang Dauth, Sebastian Findeisen & Jens Südekum

Adjusting to Globalization in Germany.

Journal of Labor Economics, 39 (2021), 263 – 302.

Justus Haucap

Die Post-Covid-19-Wirtschaft: Folgen der Coronakrise für Handel, Dienstleistungen und staatliches Unternehmertum.

ifo Schnelldienst, 74-3 (2021), 17 – 21.

Justus Haucap

Wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung in Deutschland: Stärken, Schwächen, Optimierungspotenziale.

D. Loerwald (Hrsg.), *Ökonomische Erkenntnisse verständlich vermitteln: Herausforderungen für Wirtschaftswissenschaften und ökonomische Bildung*, Springer Gabler: Wiesbaden 2021, 45 – 78.

Justus Haucap

Plattformökonomie und Wettbewerb.

P. Kenning, A. Oehler & L.A. Reisch (Hrsg.), Verbraucherwissenschaften, 2. Auflage, Springer Gabler: Wiesbaden 2021, 423 – 452.

Justus Haucap & Benjamin Schröder

Beschränkungen von Multi-Homing und Market Tipping: Wettbewerbsökonomische Erwägungen und die Fälle CTS Eventim, Google AdWords und Google AdSense als praktische Beispiele

T. Klose, M. Klusmann & S. Thomas (Hrsg.), Das Unternehmen in der Wettbewerbsordnung: Festschrift für Gerhard Wiedemann zum 70. Geburtstag, C. H. Beck: München 2020, S. 335 – 360.

Justus Haucap

Ökonomie-Nobelpreis 2020 für Robert Wilson und Paul Milgrom: Zwei Ökonomen, die echte Märkte schufen.

Wirtschaftsdienst, 100 (2020), 969 – 975.

Manuel Frondel & Tobias Thomas

Dekarbonisierung bis zum Jahr 2050? Klimapolitische Maßnahmen und Energieprognosen für Deutschland, Österreich und die Schweiz.

Zeitschrift für Energiewirtschaft, 44 (2020), 195 – 221.

Jürgen Coppik & Ulrich Heimeshoff

Praxis der Kartellschadensermittlung: Empirische Evidenz zur Effektivität von Kartellen.

Wirtschaft und Wettbewerb, 70 (2020), WUW1344266

Markus Dertwinkel-Kalt, Mats Köster & Matthias Sutter

To Buy or Not to Buy? Price Salience in an Online Shopping Field Experiment.

European Economic Review, 130 (2020), 103593.

→ www.dice.hhu.de/forschung-dice/dice-publikationen.html

ORDNUNGSPOLITISCHE PERSPEKTIVEN?

Justus Haucap

Glücksspielregulierung aus ordnungsökonomischer Perspektive, März 2021.

Justus Haucap

Mögliche Wohlfahrtswirkungen eines Einsatzes von Algorithmen, März 2021.

DISCUSSION PAPERS

Ritwik Banerjee, Marcela Ibanez, Gerhard Riener & Soham Sahoo

Affirmative Action and Application Strategies: Evidence from Field Experiments in Columbia, April 2021.

Nicolas Wellmann & Daniel Czarnowske

What Would Households Pay for a Reduction of Automobile Traffic? Evidence From Nine German Cities, März 2021.

Justus Haucap, Nima Moshgbar &

Wolfgang Benedikt Schmal

The Impact of the German „DEAL“ on Competition in the Academic Publishing Market, März 2021.

Alex Korff

Competition on the Fast Lane – The Price Structure of Homogeneous Retail Gasoline Stations, Januar 2021.

Lukas Kiessling, Shyamal Chowdhury,

Hannah Schildberg-Hörisch & Matthias Sutter

Parental Paternalism and Patience, Januar 2021.

Christian Kellner, Mark T. Le Quement & Gerhard Riener

Reacting to Ambiguous Messages: An Experimental Analysis, Dezember 2020.

Vasilisa Petrishcheva, Gerhard Riener &

Hannah Schildberg-Hörisch

Loss Aversion in Social Image Concerns, November 2020.

Nico Steffen

Economic Preferences, Trade and Institutions, November 2020.

Dieter Pennerstorfer, Nora Schindler, Christoph Weiss &

Biliana Yontcheva

Income Inequality and Product Variety: Empirical Evidence, Oktober 2020.

→ <http://ideas.repec.org/s/zbw/dicedp.html>

DICE POLICY BRIEF



DAS DICE

Das Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE) ist ein Institut der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Unser Anspruch ist es, eines der führenden Institutionen in Forschung, Lehre und Wissenstransfer in wettbewerbs- und regulierungsökonomischen Fragen zu sein.

- Unsere Forschung ist innovativ, relevant und international sichtbar; sie umfasst theoretische, empirische und experimentelle Arbeiten und zeichnet sich durch einen hohen Anwendungsbezug aus.
- Eine hervorragende Ausbildung und Nachwuchsförderung mit hoher methodischer Kompetenz und ausgeprägtem Anwendungsbezug ist unser Anspruch. Wir bereiten unsere Absolventinnen und Absolventen sowie Doktoranden und Doktorandinnen ideal auf den Einstieg in wettbewerbspolitische und regulierungsökonomische Arbeitsfelder vor.
- Das DICE leistet wichtige Beiträge zur wirtschaftspolitischen Debatte auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Wir begreifen es als unsere Aufgabe, Wissen in die Fachwelt und die breite Öffentlichkeit zu transferieren.



Der Verein zur Förderung der wettbewerbsökonomischen Forschung e.V. unterstützt die Arbeit des DICE finanziell und ist als gemeinnützig anerkannt. Weitere Informationen über den Förderverein des DICE sind abrufbar unter: www.dice.hhu.de/foerderverein.html.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Düsseldorfer Institut für
Wettbewerbsökonomie (DICE)
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Universitätsstraße 1, 40225 Düsseldorf
Tel +49 211 81-15009
Mail policy.brief@dice.hhu.de

DIREKTOR

Prof. Dr. Justus Haucap

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Dr. Michael Coenen

REDAKTION

Prof. Dr. Justus Haucap
(verantwortlich), Marc Feist

GESTALTUNG

Studio Strahl, Berlin

DRUCK

Druckstudio Gruppe, Düsseldorf

STAND

Mai 2021